

## **Gedenkrede 20. Juli 1992**

### **Roland Hühn**

Wir haben uns heute wiederum auf Initiative des SPD-Unterkreises Rotenburg zum Gedenken an die Opfer des Widerstands und insbesondere zum Gedenken an Adam von Trott zu Solz hier versammelt. Adam von Trott zu Solz hat nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli 1944 mit vielen Widerstandskämpfern in Plötzensee sein Leben verloren. Adam von Trott zu Solz hat damit seine Überzeugung bis zur bittersten Konsequenz gelebt; er hat persönlichen Mut bewiesen und dafür den Preis seines eigenen Lebens bezahlt. Wir gedenken heute seiner, aber auch der anderen Männer des 20. Juli, weil sie einer der wenigen Hoffnungsschimmer im dunklen Deutschland der damaligen Zeit waren, da der 20. Juli 1944 der Kristallisationspunkt des deutschen Widerstands war und die Verstorbenen über ihre Tat hinaus Hoffnung gegeben haben und die andere Seite eines Deutschlands nach außen dokumentierten, das in den braunen Wogen des Nationalsozialismus untergegangen schien.

Ich bin überzeugt, dass die Bedeutung der Tat sowohl für den Fall des Erfolges als auch für den Fall des Misserfolges Adam von Trott zu Solz und den übrigen Widerstandskämpfern bewusst war. Aussagen deuteten darauf hin, dass in den Vorbereitungsgesprächen zum Attentat auf Hitler auch diese Gedanken erörtert wurden und auch sehr bewusst die Wirkung eines missglückten Attentates auf die Nachwelt durchdacht wurde. So soll Carl Goerdeler gesagt haben: „Es ist ein großer Irrtum anzunehmen, dass die seelische Kraft des deutschen Volkes erschöpft sei. Sie ist geradezu planmäßig verschüttet. Es ist also die Aufgabe einer rettenden Tat, die Deckmasse, das heißt, das Geheimnis und den Terror wegzuräumen, Recht und Anstand wieder herzustellen und damit einen ungeheuren seelischen Kraftzuwachs frei zu machen. Lassen wir uns nicht in unserem Glauben daran beirren, dass das deutsche Volk wie in der Vergangenheit so auch für die Zukunft dies will: Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit.“

Aus dieser überlieferten Aussage ist zu schließen, dass den Männern die Wirkung ihrer Tat – auch einer missglückten Tat – nicht nur bewusst war, sondern sie war auch einkalkuliert, und man war sich gleichermaßen sicher. Man hat sich einen neuen Start auf dem Boden eines künftigen Deutschland vorgestellt, dessen Ziele man in der Gerechtigkeit, der Redlichkeit und der Wahrhaftigkeit sah. Diese Rechtfertigung der Tat unter dem Blickwinkel des Misslingens wird Ihnen, liebe Angehörige, den Schmerz über den Verlust Ihres Familienmitgliedes nicht mindern können. Dies sollte aber gesehen werden dürfen, wenn wir heute auch von staatlicher Seite an die Widerstandskämpfer der damaligen Zeit denken und ihrer gedenken.

Ohne Zweifel hat diese Tat über den 20. Juli und auch über das nationalsozialistische Unrechtsregime hinaus gewirkt und hatte sicherlich auch Einfluss auf die Haltung der alliierten Besatzungsmächte, den Zeitpunkt der Gründung und der Ausgestaltung der neuen Republik. Diese Haltung dokumentiert sehr deutlich eine Aussage von Winston Churchill aus dem Jahr 1946, der damals im britischen Unterhaus ausführte: „In Deutschland lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und dem Größten gehörte, was in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne eine Hilfe von innen und außen, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar und unerkennbar, weil sie sich tarnen mussten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah, aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament eines neuen Aufbaus.“

Diese Wirkung des Attentats lässt sich auch heute, fast 50 Jahre nach der Tat, in unserem Staat noch feststellen und auch belegen. Sichtbarstes Zeichen ist dabei die Einführung des Widerstandsrechtes in das Grundgesetz anlässlich der Notstandsgesetzgebung – ohne dabei die rechtliche Bedeutung dieses Rechtes überbewerten zu wollen. Wenn insofern Widerstand notwendig ist, kann es nach dem dann geltenden Recht nicht rechtens sein. Insofern Widerstand gerecht ist, handelt es sich nicht um Widerstand im Sinne der Taten Adam von Trotts und der übrigen Widerstandskämpfer. Widerstand kann nur aus Naturrechtslehren heraus begründet werden und kann die Handlungen aus diesem Glauben heraus rechtens machen. Wobei dann das Recht einen höheren moralischen Anspruch erhält, der wiederum im Sinne positivistischer Rechtslehren nicht möglich ist. Diese Frage ist sicherlich in dem von mir aufgeworfenen Zusammenhang müßig, denn der Einfluss des Widerstands muss auf den Kristallisationspunkt 20. Juli 1944 auf unseren Staat, unsere Verfassung und unsere Gesellschaft gesehen werden. Sofern wir dies aber sehen und sehen wollen, so müssen wir daraus Folgerungen ziehen: Wenn staatliches Gedenken an herausragende Taten von Einzelpersonlichkeiten nicht nur rückwärts gewandte Erinnerung sein soll, müssen Lehren für die Zukunft daraus gezogen werden. Gedenken ohne daraus Lehren zu ziehen, wäre eine Verachtung der Opfer und würde nur die bloße Sinnlosigkeit des damaligen Sterbens dokumentieren. Nach den Wirkungen auch des missglückten Attentats sind wir aber den Opfern viel mehr schuldig; wir sind ihnen eine Überprüfung unseres eigenen Handelns schuldig. Wenn vielleicht auch die Vorstellungen der Widerstandskämpfer über einen anderen Staat nur sehr vage waren und eine demokratische, pluralistische, freie und soziale Gesellschaft nur schemenhaft zu erkennen war, waren diese Vorstellungen vorhanden. Insbesondere die Vorstellungen von Carl Goerdeler, der die Zukunft der Deutschen in Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit sah, macht dies deutlich. Vielleicht hatte aber gerade auch Adam von Trott zu Solz klarere Vorstellungen – der Weltbürger, der Diplomat und gerade der Freund Großbritanniens hatte sicherlich andere Erfahrungen. Wenn ich aber den Zielen Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit die heutigen Stichworte der Politik wie Politikverdrossenheit, Parteienverdrossenheit, ja sogar Staatsverdrossenheit gegenüberstelle, tun sich tiefe Gräben auf zwischen der damaligen Vorstellung und der heutigen Wirklichkeit. Wir sind verpflichtet, über die Ursachen dieser Gräben nachzudenken. Wir haben uns in den letzten 40 Jahren eine Gesellschaftsordnung, einen Staat, ein Leben aufgebaut, das in der Welt als leuchtendes Beispiel dasteht und dennoch zu der eben geschilderten Verdrossenheit führt. Mit zunehmendem Wohlstand und sozialen Errungenschaften hat das Ansehen der Politik gelitten und vielleicht auch die Qualität der Politik. Liegt dies ausschließlich an den in der Politik handelnden Menschen? Sicherlich werden nicht alle, die Politik machen, von den hehren Grundsätzen der Widerstandskämpfer geleitet und menschliches Fehlverhalten einiger trägt zur Ansehensminderung der Politik insgesamt bei. Aber unsere Frage muss auch weiter führen: Wir müssen auch fragen, ob wir die staatlichen Systeme, die staatlichen Organe, das staatliche Verfahren an eine moderne Gesellschaft und Wirtschaft angepasst haben. Auf der einen Seite wird Kritik an langen Entscheidungswegen, an Entscheidungsverzögerungen und mangelnder Klarheit von Entscheidungen geübt. Auf der anderen Seite gehen Bestrebungen immer mehr auf – positiv ausgedrückt – Demokratisierungsversuche hinaus oder – negativ ausgedrückt – Kompetenzbündelungen zur schnellen Entscheidungsfindung werden als Machtbündelung verstanden und sind verpönt. Insofern muss man sicherlich auch, ohne sich dabei beliebt zu machen, stete Versuche, basisdemokratische Elemente in unseren Staat einzuführen, sehr kritisch beobachten. Die Einbindung breiter Kreise fördert zwar die Akzeptanz einer Entscheidung, oftmals aber nicht die Schnelligkeit der Entscheidungsbildung. Unsere

Gesellschaft und das Leben der Menschen wird aber nicht nur allein von langwierigen Entscheidungsverfahren beeinflusst, sondern vielmehr durch die Entscheidung selbst und deren Umsetzung. Auch diese Gedanken müssen dabei Berücksichtigung finden. Einerseits werden immer wieder Führungsqualitäten von Politikern eingefordert, die ihre Meinung äußern sollen und ihren Ansichten zum Durchbruch verhelfen sollen. Andererseits hebeln aber Meinungsumfragen Führungsentscheidungen sofort aus, ohne deren Erfolg abzuwarten. Dabei entsteht die Gefahr, dass das Partikularinteresse über die öffentliche und veröffentlichte Meinung ein größeres Gewicht erhält als das Gesamtinteresse, das die oberste Entscheidungsmaxime der politischen Führung sein sollte. Einerseits werden ordnungsgemäße Meinungsbildungsprozesse der repräsentativen demokratischen Gremien eingefordert, andererseits wird in einer modernen Medienwelt nicht nur das Ergebnis des Prozesses veröffentlicht, sondern der Prozess insgesamt dargestellt. Die verschiedenen Meinungsbilder werden damit beeinflusst und oft auch gestört.

Dies sollen Beispiele sein, wie eine moderne Industrie-, Technologie- und Mediengesellschaft die staatlichen Entscheidungsverfahren beeinflusst, ohne dass sich in den vergangenen Jahren die politischen Entscheidungsverfahren dieser Zeit angepasst hätten. Es gibt aber auch andere Beispiele dafür, dass sich Politik in anderen Dimensionen und nach anderen Koordinaten gestaltet. Während sich früher Arbeitgeber und Gewerkschaften diametral gegenüber standen, kämpfen sie oft gemeinsam gegen Umwelt- und Naturschützer, diejenigen, die von sich sagen, gerade ihre Auffassung würde die Zukunft und auch die Arbeitsplätze der Menschen sichern. Auf anderen gesellschaftlichen Feldern haben sich die bisher üblichen Kategorien von links und rechts, konservativ und progressiv verschoben. Denken wir nur an die Diskussion über die Gleichberechtigung der Frau oder auch an diejenige Debatte über den Paragraphen 218, in denen völlig neue Meinungslinien zum Vorschein kamen.

Auch der Einfluss der Technik auf politische Entscheidungen und insbesondere die Komplexität der dabei zutage tretenden Fragen haben politische Grundsatzentscheidungen erschwert. Denken wir dabei an die Fragen der Atomkraft oder auch die heute aktuellen Fragen der Verkehrspolitik, die in Ermangelung klar erkennbarer und realisierbarer Alternativen zu reinen Glaubensfragen geworden zu sein scheinen, aber auf Grund ihres Gefährdungspotenzials für die Umwelt und das menschliche Leben von ungeheurer Brisanz sind. Ist hier nicht auch die heutige Politik schlicht überfordert, klare Grundsatzentscheidungen zu treffen? Zeigt nicht gerade die Verlagerung dieser Entscheidungen auf Gerichte, die Einsetzung vieler Kommissionen eine Unfähigkeit zur Gestaltung? Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass vielleicht die Frage der moralischen Qualität der Politiker nur die Spitze eines Berges von Problemen ist, der vielmehr mit der Anpassung unserer staatlichen Organisations- und Entscheidungssysteme an die Bedürfnisse einer modernen Industrie- und Technologiegesellschaft zusammenhängt. Sicherlich klingt es ketzerisch, wenn man die Frage stellt, ob nicht die Idee der elektronischen Gemeindeversammlung des damaligen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot die Antwort darauf ist. Vielleicht liegen die Antworten ganz woanders, aber sofern wir die Fragen als richtig bezeichnen, muss es darauf auch Antworten geben. Auch ich bin heute nur in der Lage, diese Fragen aufzuwerfen, halte aber auch vertrauensbildende Maßnahmen schon für notwendig. Insofern wir auch im Sinne Adam von Trott zu Solz und der Widerstandskämpfer, die einen anderen Staat als den nationalsozialistischen wollten, gerade sogar zum Aufwerfen dieser Fragen verpflichtet sind, will ich – und dies betone ich – diese Fragen nicht mit einem Widerstandsrecht in Verbindung bringen. Ich will auch, um Missverständnisse auszuschalten, deutlich machen, dass ich damit nicht die Demokratie, die Grundzüge

unseres demokratischen staatlichen Systems infrage stellen will. Dieses System ist aufgebaut auf einer pluralistischen Gesellschaft mit einem rechtsstaatlichen, demokratischen und sozialen System, das auf der Gewaltenteilung beruht und dem Bürger größtmögliche Freiheit in der Privatsphäre einräumt. Grundrechte sollen ihm die Privatsphäre schützen, die er aber dennoch als soziales Wesen in einem dicht bevölkerten Staat in Rücksicht auf seine Mitmenschen wahrnehmen kann. Dennoch gibt es auch in diesem Staat auf einer Ebene darunter Gestaltungsmöglichkeiten, wie die Demokratie, wie staatliche Organe sich organisieren, wie sie sich ihre Informationen holen, wie sie arbeiten und wie sie entscheiden.

Für eine lebendige an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse angepasste Demokratie ist vielleicht gerade diese zweite Ebene von gleich großer Bedeutung wie die Grundzüge des Staates. Demokratie ist kein statisches Staatselement, sondern ein sehr dynamischer Staatsaufbau, der zwar durch die Entscheidung die Gesellschaft gestaltet, sich aber dann wiederum an die gesellschaftlichen Veränderungen anpassen muss. Und an dieser Stelle möchte ich die Frage stellen, denn Politik-, Parteien- und Staatsverdrossenheit darf nicht zum Nährboden für die Saat von Demagogen und Diktatoren werden. Hier liegt eine Gefahr. Die Fragen der Verdrossenheit dürfen nicht als ausschließliches Problem der Politik und den Politikern überlassen werden, sondern sie sind ein Problem der Gesellschaft und des Staates insgesamt. Nur durch schonungslos Hinterfragen der Gründe können wir Volksverführern den Nährboden nehmen. Denn nur in einem Staat, der Gerechtigkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit zum Durchbruch verhilft, können Menschen in ihrer Vielfalt von Meinungen und Lebenswirklichkeiten ein glückliches und menschenwürdiges Leben führen.

Dieses sind wir auch uns und unseren Nachkommen schuldig. Wir sind es aber auch unseren Vorfahren schuldig, die dafür gearbeitet haben, die dafür gelebt haben und die dafür gestorben sind – gestorben wie die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, gestorben wie Adam von Trott zu Solz. Lassen Sie uns auch weiterhin seine Tat und seinen Tod Verpflichtung für unser Leben und für die Gestaltung unserer Gesellschaft, unseres Staates und unserer politischen Systeme sein. Der gewaltsame Tod eines Menschen ist nie zu rechtfertigen, auch nicht durch später gezogene Lehren. Der Tod Adam von Trott zu Solz muss uns aber mahnen, über uns und die heutige Zeit nachzudenken. Ich danke Ihnen.

*Roland Hühn wurde 1953 in Ronshausen geboren. Während seines Zivildienstes bei der Aktion Sühnezeichen sammelte er prägende Erfahrungen. Hühn studierte Jura und wurde Mitglied der SPD. Von 1985 bis 1992 war er Bürgermeister der Stadt Heringen/Werra und Mitglied des Kreistages des Landkreises Hersfeld-Rotenburg. Von 1992 bis 1997 war er Erster Kreisbeigeordneter und von 1997 bis 2003 Landrat des Kreises Hersfeld-Rotenburg. Heute ist Hühn in der Privatwirtschaft tätig.*

Der Redetext wird zitiert nach dem inzwischen vergriffenen Buch „Zwanzig Jahre Reden am Kreuz“, das 2004 im Marburger Schüren-Verlag erschienen ist.

Die Rechtschreibung entspricht der Buchvorlage, lediglich offenkundige Druck- und Schreibfehler wurden bei der Abschrift korrigiert.